

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
34. Sitzung des Rates der Stadt Haan
am Dienstag, dem 02.07.2019 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
20:55

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Robert Abel

Stv. Marlene Altmann

bis TOP 19.1 - 20:38 Uhr

Stv. Nadine Bartz-Jetzki

Stv. Dr. Edwin Bölke

Stv. Vincent Endereß

Stv. Harald Giebels

ab TOP 2 - 17:20 Uhr

Stv. Udo Greeff

Stv. Gerd Holberg

Stv. Tobias Kaimer

Stv. Jens Lemke

bis TOP 17 - 20:25 Uhr

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Monika Morwind

Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Jörg Dürr

Stv. Juliane Eichler

Stv. Uwe Elker

Stv. Julia Klaus

Stv. Marion Klaus

Stv. Ulrich Klaus

Stv. Simone Kunkel-Grätz

Stv. Alfred Leske

Stv. Jens Niklaus

ab TOP 2 - 17:10 Uhr

Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Barbara Kamm

Stv. Meike Lukat

Stv. Annegret Wahlers

GAL-Fraktion

Stv. Jörg-Uwe Pieper
Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack
Stv. Elke Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

Stv. Dirk Raabe
Stv. Michael Ruppert
Stv. Reinhard Zipper

AfD-Fraktion

Stv. Frank Scheler
Stv. Ulrich Schwierzke

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Peter Schniewind

Schriftführer

Stl Daniel Jonke

Verwaltung

Beigeordneter Engin Alparslan
StOVR'in Doris Abel
StVD Michael Rennert
TA David Sbrzesny
VA Michael Schneider
VA Dr. Jürgen Simon
StOVR Gerhard Titzer
VA Felix Rinke
VA Wolfgang Voos
VA Anja Püschel

Personalrat

VA Carsten Butz

Gäste

AM Nicola Günther
Herr Volker Kraiss

Die Vorsitzende Dr. Bettina Warnecke eröffnet um 17:00 Uhr die 34. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf einen Antrag der WLH-Fraktion vom 18.06.2019. Dieser ist gem. § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Haan nicht fristgerecht bei der Verwaltung eingegangen. Ob dieser Antrag dennoch in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufgenommen werden soll, stellt sie daher zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Der Antrag der WLH-Fraktion vom 18.06.2019 wird daher in die Tagesordnung der heutigen Sitzung als öffentlicher TOP 19.1 aufgenommen.

Stv. U. Klaus verweist auf den vorliegenden Jahresabschluss der Stadtwerke für das Jahr 2018, welcher in der nichtöffentlichen Sitzung zur Abstimmung stehe. Er möchte wissen, ob dieser zwingend nichtöffentlich behandelt werden müsse, da dieser doch später auch immer veröffentlicht wird.

Stv. Rennert erklärt, dass der Jahresabschluss der Stadtwerke zwar öffentlich bekannt gegeben werde, jedoch erst nachdem die Gesellschafterversammlung diesen verabschiedet habe. Dies ist noch nicht geschehen, weshalb es sich noch um eine interne Angelegenheit der Stadtwerke handle und in nicht öffentlicher Sitzung behandelt werden müsse.

Öffentliche Sitzung

1./ Fragerecht für Einwohner

Protokoll:

Es liegen keine Einwohneranfragen vor.

**2./ Antrag der Kalkwerke Oetelshoven GmbH & Co.KG auf Planfeststellung nach § 35 (2) Kreislaufwirtschaftsgesetz zur Erweiterung der Halde Oetelshoven in Wuppertal
hier: Beteiligungsschreiben der Bezirksregierung Düsseldorf vom 17.04.2019
Vorlage: 61/284/2019**

Protokoll:

Stv. Lukat verweist auf Seite 2 des Entwurfes der Stellungnahme der Stadt Haan. Dort seien Bedenken und Anregungen aufgeführt. Sie frage sich, weshalb die Stadt Haan auf Seite 1 dann nicht generelle Bedenken gegenüber dem Vorhaben äußere.

TA Bolz erläutert, dass aus Sicht der Bauleitplanung keine generellen Bedenken gegenüber dem Vorhaben geäußert werden könnten.

Stv. Niklaus führt aus, dass die Bezirksregierung Düsseldorf Herr des Verfahrens sei. Die Stadt Haan könne lediglich eine Stellungnahme hierzu abgeben, entscheiden könne der Rat sowie die Verwaltung der Stadt Haan hier jedoch nichts.

Stv. Lukat mahnt für die WLH-Fraktion an, dass die Stellungnahme der Verwaltung im Hinblick auf eine Rodung des Waldes nicht deutlich genug formuliert sei. Sie bittet daher um eine klarere Formulierung.

Stv. Rehm erläutert, dass es der GAL-Fraktion nicht geglückt sei, die Rodung des Waldes als alternativlos zu betrachten, daher stimme er dem Anliegen der WLH-Fraktion zu, dass die Stellungnahme in Bezug auf die nicht gewünschte Rodung des Waldes deutlicher formuliert werden solle. Er streicht hier jedoch heraus, dass es sich bei der Stellungnahme der Verwaltung um eine fachliche Stellungnahme handele. Der Rat müsse dieser fachlichen Stellungnahme nicht zustimmen und könne eine eigene Stellungnahme in Form einer Resolution abgeben, welche nicht zwingend der fachlichen Stellungnahme gleichen muss. Wichtig sei, deutlich zu machen, dass eine Rodung des Waldes nicht gewünscht sei und der Wald erhalten bleiben solle und eine Erweiterung der Halde abgelehnt werde. Sollte der Rat sich diesbezüglich nicht einig werden, so werde die GAL-Fraktion eine eigene Stellungnahme an die Bezirksregierung senden, welcher sich andere Fraktionen gerne anschließen könnten.

TA Bolz erklärt, dass der Betrieb im Grunde jetzt schon die Genehmigung habe, seinen Betrieb bis zum aufgezeigten Milchweg auszudehnen. Er verweist hierzu auf die Sitzungsvorlage aus ULG 6/15 aus 2002 (*Siehe Ratsinformationssystem – HFA 25.06.19 – TOP 5 – Antworten der Verwaltung*)

Techn. Bgo. Alparslan plädiert dafür die Stellungnahme der Verwaltung so zu belassen, da diese aus fachlicher Sicht absolut korrekt sei. Er halte eine Resolution für die bessere Variante um die Sicht des Rates aufzuzeigen. Diese könne der Stellungnahme der Verwaltung als Anlage beigefügt werden.

Stv. Giebels erklärt zur Aussage des Stv. Rehm, dass die Frist für eine Stellungnahme von Privatpersonen oder Vereinigungen, zu denen auch die politischen Parteien bzw. Fraktionen zählen abgelaufen sei. Eine Willensbekundung bzw. Darstellung der Sicht der politischen Parteien sei nur noch in Form einer Resolution des gesamten Rates möglich. Er beantragt daher eine Sitzungsunterbrechung, sodass sich die Fraktionen abstimmen und wenn möglich eine gemeinsame Resolution formulieren können.

Stv. Ruppert ergänzt, dass auch die FDP-Fraktion hier Beratungs- und Abstimmungsbedarf sehe, vor allem da auch die Stellungnahmen der GAL- und der WLH-Fraktion aufzeigen, dass sie nicht unbedingt in Gänze fachlich untermauert seien.

Bgm'in Dr. Warnecke unterbricht daraufhin von 17:35 Uhr bis 17:50 Uhr die Sitzung des Rates, so dass sich die Fraktionen untereinander bezüglich einer möglichen Resolution des Rates abstimmen können.

Stv. Stracke verliest nach der Sitzungsunterbrechung den gemeinsam formulierten Beschlussvorschlag für eine Resolution des Rates:

„Vor dem Hintergrund der Diskussion um den Klimawandel, lehnt der Rat der Stadt Haan das beantragte Vorhaben der Fa. Iseke GmbH & Co. KG, Wuppertal auf Haldenerweiterung der Grube Osterholz und Rodung des Waldes ab.“

Stv. Ruppert erklärt, dass er dem so nicht zustimmen könne, da dies bedeuten würde, dass der Betrieb keine Möglichkeit mehr habe, die Halde zu erweitern und so keine weiteren Rohstoffe mehr fördern könne. Er erläutert, dass man sich die Frage stellen müsse, ob es, auch vor dem Hintergrund der Klimadebatte, Sinn mache die Rohstoffförderung eines deutschen Betriebes weiter zu beschränken, da man so mehr und mehr auf Rohstoffe aus dem Ausland angewiesen sei.

Stv. Lukat erwidert hierzu, dass eine Gefährdung des Betriebes aufgrund der Resolution nicht gegeben sei.

Beschluss:

Die Stellungnahme der Stadt Haan zum Antrag der Kalkwerke Oetelshoven GmbH & Co.KG auf Planfeststellung nach § 35 (2) Kreislaufwirtschaftsgesetz zur Erweiterung der Halde Oetelshoven in Wuppertal wird zur Kenntnis genommen.

Resolution des Rates der Stadt Haan

Vor dem Hintergrund der Diskussion um den Klimawandel, lehnt der Rat der Stadt Haan das beantragte Vorhaben der Fa. Iseke GmbH & Co. KG, Wuppertal auf Haldenerweiterung der Grube Osterholz und Rodung des Waldes ab.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorschlag gem. Vorlage
einvernehmlich zur Kenntnis genommen

Resolution des Rates der Stadt Haan
einstimmig beschlossen
21 Ja / 0 Nein / 17 Enthaltungen

3./ Klimaschutz

Antrag der GAL-Fraktion vom 27.05.2019

**hier: Ausrufung des Klimanotstandes durch den Rat der Stadt Haan
(Einbringung)**

Antrag der FDP-Fraktion vom 21.06.2019

**hier: Entschließungsantrag Umsetzung Nachhaltigkeitsstrategie
(Einbringung)**

Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2019

hier: Beschlussvorschlag Klimaberatungen (Einbringung)

Antrag der WLH-Fraktion vom 25.06.2019

hier: Beschlussvorschlag zum Klimaschutz (Einbringung)

Anträge der SPD-Fraktion vom 01.07.2019

hier: Klimaschutzkonzept und Klimaschutzmanager

Bürgeranträge vom 21.05.19, 01.06.19 u. 10.06.19

Protokoll:

Stv. Wetterau verweist auf den zusammengefassten Beschlussvorschlag der Anträge von GAL, FDP, CDU und WLH, welcher in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25.06.2019 ausgeteilt wurde (*siehe Ratsinformationssystem – TOP 3*). Zu dem dort genannten Punkt 1 führt er aus, dass der Begriff „Klimanotstand“ aus Sicht der CDU-Fraktion nicht extra erwähnt werden müsse. Zu dem letzten Satz des dortigen Punkt 3 *„Alle Entscheidungen des Rates und der Ausschüsse werden unter einen Klimavorbehalt gestellt.“* habe die CDU-Fraktion rechtliche Bedenken. Weiterhin führt er zum Klimaschutzbeauftragten aus, dass dieser zu dem ebenfalls dort erwähnten „runden Tisch“ einladen solle.

Stv. Lukat verweist auf die letzte Sitzung des Jugendparlamentes, welches sich ebenfalls mit dem Thema des Klimaschutzes auseinandergesetzt habe. Da der Vorsitzende des Jugendparlamentes, Herr Alexander Kraft, anwesend sei, beantragt sie eine Sitzungsunterbrechung, so dass Herr Kraft den Beschluss des Jugendparlamentes vorstellen könne.

Bgm'in Dr. Warnecke begrüßt den anwesenden Vorsitzenden des Jugendparlamentes, Herrn Kraft und führt aus, dass auch er sie vor der Sitzung gebeten habe, zu diesem Thema vor dem Rat sprechen zu dürfen. Den Antrag der WLH-Fraktion gibt sie zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Bgm'in Dr. Warnecke unterbricht daraufhin um **18:00 Uhr** die Sitzung des Rates um Herrn Kraft die Möglichkeit zu geben, den Beschluss des Jugendparlamentes darzustellen.

Herr Kraft führt daraufhin aus, dass das Jugendparlament die Ausrufung des Klimanotstandes begrüße und deshalb dem Rat empfehle, diesen für die Stadt Haan auszurufen.

Bgm'in Dr. Warnecke hebt im Anschluss die Sitzungsunterbrechung um **18:05 Uhr** wieder auf.

Stv. Rehm erläutert, dass es hier darum gehe ein klares Zeichen zu setzen, dass der Rat und die Stadt anerkennen, dass sich das Klima in einem Notstand befinde. Bezüglich der Ausführung des Stv. Wetterau in Bezug auf den Klimavorbehalt führt er aus, dass dieser als Aufforderung verstanden werden solle, bei jeglichen Entscheidungen darauf zu achten, wie sich diese auf das Klima auswirke. Er plädiert daher dafür diesen Satz im Beschlussvorschlag zu belassen.

Stv. Ruppert verweist darauf, dass der Begriff des Klimanotstandes aus seiner Sicht unglücklich vom englischen „climate emergency“ abgeleitet werde. Im deutschen bezeichne der Notstand eine akute Gefahrenlage, welche mithilfe von kurzfristigen Maßnahmen bekämpft werden müsse. Er warnt davor es bei der Klimadebatte mit großen Worten wie dem Notstand zu übertreiben und zu polarisieren. Es sei wichtiger viele Dinge anzugehen und umzusetzen, anstatt nur mit großen Worten zu hantieren. Dies sehe er in dem Beschlussvorschlag, weshalb er keine Notwendigkeit sehe, den Klimanotstand auszurufen.

Stv. Niklaus verweist darauf, dass es, mit Stand 27.06.2019, bereits 30 Städte in Deutschland gäbe, welche den Klimanotstand ausgerufen hätten. Es sei also kein neues Phänomen und das Thema bereits seit längerem bekannt.

Stv. Stracke ergänzt, dass es in Bezug auf den Klimawandel nicht erst 5 vor 12 sei, sondern der Wandel bereits da und für jeden spürbar sei. Es gehe darum diesem noch so gut es möglich sei zu begegnen. Er plädiert daher dafür, den Klimanotstand im Beschlussvorschlag zu belassen. Des Weiteren verweist er auf die beiden Anträge der SPD-Fraktion vom 01.07.2019 bezüglich eines Klimaschutzkonzeptes und eines Klimaschutzmanagers.

Stv. Lukat führt aus, dass die Stadt nicht nur den Klimanotstand ausrufen solle, sondern auch erklären müsse, was hiermit genau gemeint sei. Sie wirft daher die Idee auf, dass die Stadt auf ihrer Internetseite eine Erläuterung voröffentliche. Als Beispiel nennt sie hier die Stadt Konstanz, welche dies ebenfalls getan habe. Weiterhin führt sie aus, dass man sich dann natürlich auch die Frage stellen müsse, welche Konsequenzen, insbesondere auch auf Feierlichkeiten wie die Haaner Kirmes, sich daraus ergeben. Sie bezieht sich auf einen Beschlussvorschlag der WLH-Fraktion, dass geprüft werden solle, wie die Haaner Kirmes klimafreundlicher gestaltet werden könne, beispielsweise durch Ersetzen des Feuerwerkes durch eine Lichtershow.

Ergänzung der Verwaltung: Der entsprechende Beschlussvorschlag der WLH-Fraktion liegt der Verwaltung nicht vor. Es wurde im weiteren Verlauf nicht beantragt, ihn zur Abstimmung zu geben.

Stv. Abel warnt davor, dass der Begriff des Klimanotstandes eine zu große Macht über alle bekäme. Er streicht jedoch auch heraus, dass es sicherlich niemanden im Rat geben würde, dem eine Verschlechterung des Klimas egal sei.

Stv. Wetterau beantragt eine Sitzungsunterbrechung, so dass sich die Fraktionen untereinander abstimmen können, um nach Möglichkeit einen gemeinsamen Beschlussvorschlag machen zu können.

Bgm'in Dr. Warnecke unterbricht daraufhin **von 18:40 Uhr bis 19:05 Uhr** die Sitzung.

Im Anschluss an die Sitzungsunterbrechung werden die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages verlesen und es wird über diese abgestimmt. Des Weiteren wird auch über die vorliegenden Bürgeranträge des Herrn Negro vom 21.05.19, Frau Heinzen vom 01.06.19 sowie Frau Raabe vom 10.06.19 abgestimmt.

Hinweis: Die Ziffern 1 – 9 des gemeinsamen Beschlussvorschlages sowie die Abstimmungsergebnisse sind weiter unten im Protokoll aufgeführt. Die GAL-Fraktion hatte zu Ziffer 1 und die SPD-Fraktion zu Ziffer 7. einen abweichenden Beschlussvorschlag.

Abweichender Beschlussvorschlag der GAL-Fraktion zu 1.

1. Der Rat der Stadt Haan erklärt den Klimanotstand

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt

17 Ja / 18 Nein / 3 Enthaltungen

Abweichender Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion zu 7.

7. Die Stadt Haan stellt zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/eine Klimaschutzmanager/in ein.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt

11 Ja / 27 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Haan erkennt die Bedrohung des durch den Menschen verursachten Klimawandels und die Notwendigkeit zur Abwendung des Klimanotstands an. Der Rat erklärt die Eindämmung der Klimakrise zur prioritären Aufgabe.
2. Der Rat versichert durch zukünftiges Handeln seinen Beitrag zur Eindämmung der globalen Erderwärmung zu leisten.
3. Bei zukünftigen klimarelevanten Entscheidungen werden in den Verwaltungsvorlagen die Auswirkungen auf die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (ökologisch, ökonomisch und sozial) und der Generationengerechtigkeit ausgewiesen.
4. Die Gartenstadt Haan strebt für die kommunalen Gebäude und die kommunale Flotte bis spätestens 2050 die Treibhausgasneutralität an. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Treibhausgasemissionen darzustellen und kurzfristige Verringerungspotenziale aufzuzeigen.

-
5. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Gartenstadt Haan einen Klimaschutzfonds einrichten kann, in den zukünftig 10% der Jahresüberschüsse eingezahlt werden. Alle Haaner Bürgerinnen und Bürger sowie die Haaner Unternehmen werden eingeladen, ebenfalls in den Fonds einzuzahlen. Aus dem Fonds sollen Klimaschutzmaßnahmen Dritter bezuschusst werden.
 6. Das 10-Punkte Klimaschutzkonzept vom 20.06.2007 wird weiterentwickelt und in die zukünftige Nachhaltigkeitsstrategie integriert.
 7. Die Gartenstadt Haan stellt zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/einen Beauftragte/n für Klimaschutz und Nachhaltigkeit ein.
 8. Es wird halbjährlich ein „Runder Tisch Klimaschutz“ stattfinden, zu dem neben der Politik und Verwaltung die Naturschutzverbände und Aktive der „Fridays for Future“ Haan eingeladen werden, um über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen zu diskutieren. Dort sollen gemeinsam Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt werden wie im Sinne des Klimaschutzes konkrete Maßnahmen in Haan umgesetzt werden können.
 9. Die Stadtwerke Haan GmbH wird gebeten Maßnahmen aufzuzeigen, wie die Geschäftsbereiche Strom- und Gasvertrieb sowie Mobilität umweltfreundlicher ausgestaltet werden können.

Beschluss zu Bürgerantrag von Herrn Negro vom 21.05.2019

Gem. § 11 Abs. 7 lit. e der Hauptsatzung der Stadt Haan, wird von der Prüfung des Bürgerantrages des Herrn Negro vom 21.05.2019 bezüglich Ausrufung des Klimanotstandes abgesehen, da dieser im Hinblick auf den zu beratenden Antrag der GAL-Fraktion vom 27.05.2019, keine neuen Gesichtspunkte enthält.

Beschluss zu Bürgerantrag von Frau Heinzen vom 01.06.2019

Der Bürgerantrag der Frau Heinzen vom 01.06.2019 wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr (SUVA) verwiesen.

Beschluss zu Bürgerantrag von Frau Raabe vom 10.06.2019

Der Bürgerantrag der Frau Raabe vom 10.06.2019 wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr (SUVA) verwiesen.

Abstimmungsergebnisse:

zu 1.

einstimmig beschlossen
24 Ja / 0 Nein / 14 Enthaltungen

zu 2.

einstimmig beschlossen

zu 3.

einstimmig beschlossen

zu 4.

einstimmig beschlossen

zu 5.

einstimmig beschlossen
36 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen

zu 6.

einstimmig beschlossen
36 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen

zu 7.

einstimmig beschlossen

zu 8.

einstimmig beschlossen

zu 9.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis zu Bürgerantrag von Herrn Negro vom 21.05.2019

mehrheitlich beschlossen
34 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zu Bürgerantrag von Frau Heinzen vom 01.06.2019

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis zu Bürgerantrag von Frau Raabe vom 10.06.2019

einstimmig beschlossen

**18./ Präsentation Gefährdungsanalyse städt. (Flüchtlings-)Unterkunft
Kaiserstraße 10 (ehem. LFS)
Vorlage: 50/027/2019**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke begrüßt den anwesenden Gutachter, Herrn Kraiss und bittet diesen die Gefährdungsanalyse vorzustellen.

Herr Kraiss stellt daraufhin die erstellte Gefährdungsanalyse zur Unterkunft Kaiserstraße 10 vor.

Stv. Elker bedankt sich für die Vorstellung der Analyse und erkundigt sich nach einer Kostenschätzung zu der vorgeschlagenen technischen Ausrüstung, einer Kostenangabe der bisherigen Personalkosten des Securitydienstes und welche Sprachen, vor allem bei dem Sicherheitsdienstleister bedient würden.

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert, dass die Verwaltung derzeit Personalkosten für den Tages- und Nachtdienst in der Unterkunft der ehemaligen Landesfinanzschule in Höhe von ca. 230.000,- € zzgl. USt zu tragen habe. Bezüglich der Mehrsprachigkeit erläutert sie, dass auch heute nicht immer alle Sprachen bedient werden können, die Anforderung aber in der Ausschreibung einer 24-Stunden besetzten Notruf- und Serviceleitstelle berücksichtigt werden könne.

Stv. Lukat möchte wissen, ob die genannten Eingangskontrollen per Videokamera der Standard seien.

Herr Kraiss erklärt, dass die Videoüberwachung des Eingangsbereiches zur Einlasskontrolle diene, ähnlich wie bei einem Pförtner mit dem Unterschied, dass derjenige, welcher den Einlass kontrolliere bzw. frei gebe nicht vor Ort sein müsse. Dies sei tatsächlich an vielen Standorten bereits im Einsatz.

Stv. Rehm verweist darauf, dass das eingesetzte Sicherheitspersonal vor allem der Sicherheit der Bewohner diene. Eine Überwachung per Video sei da schließlich etwas anderes als Wachpersonal vor Ort.

Herr Kraiss erklärt hierzu, dass es in Haan zu keinerlei sicherheitsbedenklichen Verstößen oder Angriffen auf Flüchtlingsunterkünften gekommen und dies auch nicht zu erwarten sei. Dies sei leider nicht überall der Fall. Zudem führt er aus, dass ein einzelner Wachmann alleine auch keine ganze Gruppe von Randalierern aufhalten könne. Er bezieht sich auf die anderen Unterkünfte innerhalb der Stadt Haan. Hier gebe es auch kein Sicherheitspersonal, daher müsse man sich die Frage stellen, weshalb ausgerechnet in der Unterkunft an der Kaiserstraße dieses aufrecht erhalten bleiben solle.

Da die Sitzungsvorlage keinen Beschlussvorschlag enthalte, formuliert **Bgm'in Dr. Warnecke** einen Beschlussvorschlag und gibt diesen anschließend zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für die vom Gutachter empfohlenen Maßnahmen eine Kostenschätzung im Sozial- und Integrationsausschuss (SIA) sowie im Ausschuss für Bau, Vergabe, Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten (BVFOA) vorzustellen.
2. Sollte diese Kostenschätzung wirtschaftlicher ausfallen als die bisherigen Kosten für Securitydienstleistungen, wird die Verwaltung beauftragt, bei der kommenden Vergabe der Securitydienstleistungen in der städt. Wohnunterkunft Kaiserstraße 10 – 14 die vom Gutachter empfohlenen Maßnahmen in das Leistungsverzeichnis aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

zu 1.

einstimmig beschlossen

zu 2.

mehrheitlich beschlossen

33 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen

**4./ Erfolgreiche Bewerbung der Stadt Haan als Modellkommune am Projekt
„Global Nachhaltige Kommune in NRW“
Vorlage: WTK/044/2019**

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**5./ Antrag der FDP-Fraktion vom 26.02.2019
hier: Umgliederung Dezernat I und II**

Protokoll:

Stv. Ruppert begründet den Antrag der FDP-Fraktion und verweist hierzu nochmal auf seine Argumentation in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (HFA) am 25.06.2019.

Stv. Sack greift ebenfalls seine Argumentation aus der Sitzung des HFA auf und unterstreicht diese erneut.

Nachtrag zum TOP nach Beschlussfassung:

Stv. Wetterau beantragt, dass die Stellenausschreibung für die Dezernentenstelle des Dezernates II gem. des heute gefassten Beschlusses in der nächsten Sitzung des Unterausschusses Organisation, Personal und Controlling (UA OPC) sowie im HFA und Rat vorgestellt werde.

Bgm'in Dr. Warnecke teilt mit, dass sie gem. der Gemeindeordnung NRW an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Beschluss:

Das Dezernat II der Stadtverwaltung umfasst künftig die Ämter 40 (Schule und Sport), 50 (Soziales und Integration) und 51 (Jugendamt).

Das Amt 20 (Kämmerei) wird dem Dezernat I zugeordnet.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

29 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

**6./ Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die
Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Tagespflege, Offene
Ganztagsschule im Primarbereich in der Stadt Haan vom 09.03.2016
Vorlage: 40/027/2019**

Beschluss:

Der Beschluss ergibt sich aus der Ergänzungsvorlage 40/027/2019/1 unter TOP 6.1

6.1. Änderung der Satzung vom 11.07.2017 über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offener Ganztagschule im Primarbereich in der Stadt Haan
Vorlage: 40/027/2019/1

Beschluss:

Die Satzung vom 11.07.2017 über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offener Ganztagschule im Primarbereich in der Stadt Haan wird in der Fassung der Anlage 1 zu dieser Vorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7./ Städt. OGS Don-Bosco
Festlegung der Entgelte für die Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung und das Betreuungsangebot der Verlässlichen Grundschule (VGS)
Vorlage: 40/028/2019

Beschluss:

1. Die Festsetzung des Verpflegungsentgeltes für die Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung an der Städt. Offenen Ganztagschule „Don-Bosco-Schule“ erfolgt auf Basis der dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügten Richtlinien.
2. Die Festsetzung des Entgeltes für das Betreuungsangebot der verlässlichen Grundschule (VGS) an der Städt. Offenen Ganztagschule „Don-Bosco-Schule“ erfolgt auf Basis der dieser Vorlage als Anlage 2 beigefügten Richtlinien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

8./ Einführung einer Haaner Taschengeldbörse
Vorlage: 50/025/2019

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt, für das Haushaltsjahr 2020 einen Zuschuss in Höhe von 5.400,00 € für die AWO für die koordinierende Tätigkeit zur Organisation der Taschengeldbörse in den Haushalt einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

9./ Bericht über die Seniorengerechte Quartiersentwicklung
Vorlage: 50/022/2019/1

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

10./ Resolution zur Einstellung der Fördermittel der Landesregierung NRW für die Zentralstelle Zwischen Ruhestand und Arbeit (ZWAR)
Vorlage: 50/026/2019

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt, Minister Laumann und die Landesregierung NRW aufzufordern, die vorgesehene Einstellung der Fördermittel für die ZWAR Zentralstelle nicht vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**11./ Satzungsänderung Jugendparlament
Vorlage: 51/024/2019**

Beschluss:

Der Rat stimmt der vorgeschlagenen Satzungsänderung des § 6 „Das aktive und passive Wahlrecht besitzen alle Jugendlichen vom vollendeten zwölften bis zum vollendeten einundzwanzigsten Lebensjahr“ des Jugendparlamentes zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**12./ Bewirtschaftung Waldfriedhof
hier: Antrag der Fraktion WLH vom 21.12.2018
Vorlage: 60/055/2019/1**

Beschluss:

1. Die Ausführungen der Verwaltung zur Wirtschaftlichkeit der Bewirtschaftung des städtischen Waldfriedhofes werden zur Kenntnis genommen. Die Bewirtschaftung des städt. Waldfriedhofes einschl. der gärtnerischen Pflege verbleibt beim Betriebshof.
2. Die Stadt Haan verzichtet auf die Einrichtung eines Tierfriedhofes. Die Stadt Haan stellt keine Flächen für Tierfriedhöfe zur Verfügung.
3. Die zusätzliche Möglichkeit von Mensch-Tierbestattungen wird derzeit nicht weiterverfolgt.

Abstimmungsergebnis:

zu 1.

einstimmig beschlossen

zu 2.

mehrheitlich beschlossen

33 Ja / 4 Nein / 1 Enthaltung

zu 3.

mehrheitlich beschlossen

30 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen

13./ Baulandmanagement/ Baulandbeschluss **Vorlage: 61/281/2019**

Beschluss:

Dem vorgelegten Entwurf der Änderung des Baulandbeschlusses der Stadt Haan wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
30 Ja / 3 Nein / 5 Enthaltungen

14./ Neugründung Stadtentwicklungsgesellschaft Haan **Vorlage: 61/285/2019**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke stellt die Vorlage vor, da diese den Ratsmitgliedern erst in einem Nachtrag zur Einladung zugegangen war. Sie verweist auf den in der Sitzung des Rates am 30.10.2018 beschlossenen Gesellschaftsvertrag. Im Anschluss an die Beratungen möchte sie zur Klarstellung ergänzend in den Gesellschaftsvertrag zur Abstimmung stellen, dass gewünschte bzw. verlangte Auskünfte nur in der Aufsichtsratssitzung erteilt werden. Dies korrespondiere mit den Regelungen über den Zeitpunkt der Beantwortung von Anfragen in den Ratsgremien.

Stv. Lukat verweist auf die Vorlage und dass die finanziellen Auswirkungen der Neugründung der Stadtentwicklungsgesellschaft nicht in aller Klarheit dargestellt seien. Sie verweist ferner darauf, dass den genannten Geschäftsführern ein Gehalt in Höhe von 450,- € gezahlt werden solle. Sie frage sich, ob der Rat dies im Falle des Technischen Beigeordneten einfach so beschließen könne, da dieser als Wahlbeamter nicht an feste Arbeitszeiten gebunden sei und eine klare Trennung von Haupt- und Nebentätigkeit so nicht möglich sei.

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert, dass es sich bei der Aufgabe „Geschäftsführung“ um eine freiwillige zusätzliche Aufgabe bei der privatrechtlich organisierten Stadtentwicklungsgesellschaft handele, die sowohl der Technische Beigeordnete als auch der Leiter des Betriebshofes im Rahmen einer Nebentätigkeit wahrnehmen werden.

Stv. Rehm führt für die GAL-Fraktion aus, dass diese den Beschlussvorschlag ablehne. Dies liege jedoch in der generellen Ablehnung der Stadtentwicklungsgesellschaft und ausdrücklich nicht in den Personen begründet.

Stv. Ruppert erläutert, dass auch die FDP-Fraktion die Stadtentwicklungsgesellschaft als solche nicht für sinnvoll halte. Dennoch akzeptiere die Fraktion die Mehrheit des Rates und sei nun natürlich auch daran interessiert diese personaltechnisch so gut wie möglich zu besetzen. Er halte sowohl den Technischen Beigeordneten, als auch den Leiter des Betriebshofes dafür geeignet.

Stv. Lukat erläutert, dass die genannten Personen hier artfremd eingesetzt werden sollen. Sie frage sich daher, wie diese ihre Aufgaben erfüllen können, da sie ja nun zusätzlich zu ihrer eigentlichen städtischen Tätigkeit, Aufgaben wahrnehmen würden, welche nicht immer zwingend ihrem Fachbereich entsprechen. Sie verweist hierzu darauf, dass sich die Bewerber bei derlei Postenbesetzungen in der Regel beim Rat vorstellen und diesem Fragen beantworten würden. Sie bittet daher darum, dass dies auch in diesem Fall gemacht werde und bittet die Bewerber darum sich vorzustellen.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt daraufhin über eine mögliche Vorstellung der Bewerber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

4 Ja / 34 Nein / 0 Enthaltungen

Eine persönliche Vorstellung der beiden Bewerber entfällt daher.

Beschluss:

Ergänzung des Gesellschaftsvertrages

Von den Aufsichtsratsmitgliedern gewünschte bzw. verlangte Auskünfte werden von der Geschäftsführung ausschließlich in der Aufsichtsratssitzung erteilt.

Beschluss gem. Vorlage

- Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zur Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft zu ergreifen. Sie wird insbesondere beauftragt,
 - die Gesellschaftsgründung bei der Kommunalaufsicht unter Wahrung der 6-Wochenfrist vor Gründungsvollzug anzuzeigen (§ 115 Abs. 1 GO NRW);
 - den Gesellschaftsvertrag auf der Grundlage der vom Rat am 30.10.2018 beschlossenen Fassung und weitere Gründungsdokumente notariell beurkunden zu lassen und die Gesellschaft zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden;
 - das Stammkapital in Höhe von 25.000 Euro auf einem gesonderten Konto für die Stadtentwicklungsgesellschaft einzuzahlen.
 - die Gesellschaft beim Finanzamt anzumelden.

- Die Verwaltung wird beauftragt, zu vertretungsberechtigten Geschäftsführern der Gesellschaft zu bestellen
 1. Herrn David Sbrzesny, *[Anschrift]* und
 2. Herrn Engin Alparslan, *[Anschrift]*
- Die Fraktionen werden die von ihnen nach § 10 des Gesellschaftsvertrages zu entsendenden Mitglieder des Aufsichtsrats bestimmen und der Verwaltung mitteilen.

Abstimmungsergebnis:

Ergänzung des Gesellschaftsvertrages

mehrheitlich beschlossen

27 Ja / 5 Nein / 6 Enthaltungen

Beschluss gem. Vorlage

mehrheitlich beschlossen

27 Ja / 11 Nein / 0 Enthaltungen

15./ Abwasserbeseitigungskonzept (ABK) 2020 – 2031 der Stadt Haan
Vorlage: 66/068/2019

Beschluss:

Das Abwasserbeseitigungskonzept 2020 – 2031 der Stadt Haan wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**16./ Änderung der Hauptsatzung der Stadt Haan
Vorlage: 10/186/2019**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt folgende Erweiterung seiner Hauptsatzung:

„§ 3a

- (1) Die Stadt Haan bestellt eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte sowie mind. eine Stellvertreterin. Die Gleichstellungsbeauftragte wird von dem/der Bürgermeister/in bestellt, ist ihm/ihr direkt zugeordnet und untersteht seiner/ihrer Dienstaufsicht. Sie nimmt ihre Aufgaben hauptamtlich und fachlich selbständig wahr. Durch eine angemessene personelle und sachliche Ausstattung ist zu gewährleisten, dass die Aufgaben sachgerecht erfüllt werden. Die Wahrnehmung der Aufgaben kann in Teilzeit erfolgen.
- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte ist in allen gleichstellungsrelevanten Angelegenheiten unverzüglich zu beteiligen. Sie hat ein thematisches Mitzeichnungsrecht bei allen Rats- bzw. Ausschussvorlagen. Sie kann an den Sitzungen des Rates und der Ausschüsse teilnehmen und hat in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches eigenes Rederecht.
- (3) Die Gleichstellungsbeauftragte betreibt im Rahmen des allgemeinen Verwaltungshandelns der Stadt eine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit zu gleichstellungsrelevanten Themen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**17./ Antrag der FDP-Fraktion vom 23.05.2019
hier: Grundsteuerreform aufkommensneutral umsetzen (Einbringung)**

Protokoll:

Stv. Ruppert erläutert den Antrag der FDP-Fraktion und verweist darauf, dass dieser dem Rat in der heutigen Sitzung lediglich vorab zur Kenntnis vorgelegt würde und in der nächsten Sitzung des HFA als Einbringung erneut auf die Tagesordnung kommen solle.

Beschluss:

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 23.05.2019 wird in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erneut zur Beratung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

19./ Neubesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Die vorgelegten Anträge der CDU-Fraktion vom 06.05.2019 und der FDP-Fraktion vom 29.06.2019 auf Neubesetzung von Ausschüssen, werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

19. Antrag der WLH-Fraktion vom 18.06.2019**1./ hier: Änderung der Geschäftsordnung - Aufzeichnung von Redebeiträgen**

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert den Antrag der WLH-Fraktion und verweist darauf, dass dieser dem Rat in der heutigen Sitzung vorab zur Kenntnis gereicht würde und in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (HFA) erneut auf die Tagesordnung genommen werden solle.

Stv. Sack möchte wissen, ob sich die beantragte Änderung der Geschäftsordnung nur auf die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Rates oder auf alle Ausschüsse des Rates beziehen.

Stv. Lukat erklärt, dass sich der Antrag auf alle Ausschüsse beziehe.

Stv. Drennhaus führt aus, dass dieses Thema nicht neu sei, weshalb er darum bitte darüber abzustimmen, ob die Verwaltung zur nächsten Sitzung des HFA eine entsprechende Vorlage erstellen solle.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt daraufhin darüber abstimmen, ob die Verwaltung hierzu bereits eine Vorlage zur nächsten Sitzung des HFA vorlegen solle.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
8 Ja / 28 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Antrag der WLH-Fraktion vom 18.06.2019 wird in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erneut zur Beratung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

20./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf die vorliegende Anfrage der WLH-Fraktion vom 30.06.2019 bezüglich der Steuerbescheide (*siehe Ratsinformationssystem TOP 20*).

StOVR Titzer und **StOVR'in Abel** antworten hierzu wie folgt:

1. *Wieviele Mitarbeiter/innen haben das Steueramt seit 1.1.2019 verlassen? Wieviele Stellen sind ab 1.7.2019 noch immer / wieder unbesetzt im Steueramt?*

Zwei Mitarbeiterinnen haben seit dem 1.1.2019 aus persönlichen Gründen (u.a. zu lange Fahrtzeiten) das Steueramt verlassen. Ab dem 15.7.2019 kommt eine neue Vollzeitkraft ins Steueramt. Aufgrund von Teilzeitarbeitsverhältnissen sind dann noch 10 Stunden unbesetzt. Vorübergehend erfolgt seit dem 10.6. eine stundenweise Unterstützung aus anderen Ämtern.

2. *Wie hoch sind die aktuellen Rückstände bei den Steuereinnahmen wegen der fehlenden Steuerbescheide?*

Bislang sind bei der Hauptveranlagung rd. 200.000 € weniger veranlagt worden als 2018. Die Veranlagung bei Eigentumswechsel wird lfd. vorgenommen, es wird insgesamt nicht mit geringeren Einnahmen als 2018 gerechnet.

3. *Wann können die Bürger/innen damit rechnen, die Steuerbescheide zu erhalten?*

Es erfolgt eine lfd. Bearbeitung der Rückstände. Ein konkreter Termin kann nicht genannt werden.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf die vorliegende Anfrage der FDP-Fraktion vom 28.07.2019 bezüglich der Verzinsung von Steuerrückständen (*siehe Ratsinformationssystem TOP 20*).

StOVR'in Abel antwortet hierzu wie folgt:

1. *Ist der Verwaltung die Problematik bekannt?*

Der Verwaltung ist die Problematik bekannt.

2. *Wie werden in Haan Widersprüche von Gewerbesteuerzahlern gegen die Zinsfestsetzung behandelt?*

Sofern der Widerspruch nur die Zinshöhe betrifft, wird der Widerspruch mit Hinweis auf das Urteil des OVG Münster (Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 25. Oktober 2018 – 14 B 1366/18) zurückgewiesen.

3. *Kann sich die Verwaltung vorstellen, solche Widersprüche nach dem Beispiel einiger anderer Städte pragmatisch zu behandeln, indem kein Bescheid erteilt wird und somit keine Rechtskraft eintritt, gegen die der Gewerbesteuerzahler dann nur noch den Klageweg beschreiten kann?*

Nein. Die Zinshöhe gilt nicht nur für Nachzahlungszinsen, sondern auch für Erstattungszinsen, die von der Stadt Haan an Gewerbesteuerzahler zu zahlen sind. Vom Städte- und Gemeindebund wurden verschiedene Handlungsoptionen und deren Folgen aufgezeigt. An eine dieser Empfehlung (WS zurückweisen unter Hinweis auf oben genanntes Urteil) hält sich die Stadt.

Sollte die Verfassungswidrigkeit festgestellt werden, müssen die Zinsbescheide von Amts wegen aufgehoben und neu bescheiden werden, unabhängig davon, ob Widerspruch gegen den Zinsbescheid erhoben und Klage eingereicht wurde oder nicht.

Stv. Rehm verweist darauf, dass zur Thematik der Haldenerweiterung der Kalkwerke den Ratsmitgliedern über das Ratsinformationssystem auch die Antragsunterlagen des Planfeststellungsverfahrens, allerdings nicht öffentlich, zur Verfügung gestellt wurden. Er frage sich, weshalb dies nicht öffentlich sei, da doch das Verfahren und auch die Antragsunterlagen im entsprechenden Verfahren öffentlich waren.

Techn. Bgo. Alparslan erklärt hierzu, dass die Unterlagen der Information der Ratsmitglieder diene, die Verwaltung von der Bezirksregierung jedoch gebeten wurde, diese nicht öffentlich zugänglich zu machen, um so nicht den Eindruck zu erwecken, dass das Beteiligungsverfahren noch offen sei.

Die vorliegende Anfrage der WLH-Fraktion vom 23.06.2019 bezüglich der Sperrung des Sandbachtals wurde bereits schriftlich durch die Verwaltung beantwortet (*Siehe Ratsinformationssystem TOP 20*).

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

21./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.